



ERKLÄRUNG ZU LENZBURG vom 2. Juni 2023

Nordwestschweiz unterstützt geregelte Beziehungen Schweiz–EU

Für die Nordwestschweizer Kantone ist es von grosser Bedeutung, dass die Schweiz über geregelte und zukunftsfähige Beziehungen zur Europäischen Union (EU) verfügt. Die Nordwestschweiz ist als Grenzregion auf vielfache Weise mit ihren europäischen Nachbarn verflochten. Die trinationale Region ist ein gemeinsamer Lebens-, Wirtschafts-, Arbeits- und Forschungsraum. Die Nordwestschweizer Regierungskonferenz (NWRK) setzt sich daher intensiv für die Erarbeitung einer tragfähigen Lösung ein und begrüsst den Schritt des Bundesrats, Eckwerte eines Verhandlungsmandats auszuarbeiten. Eine vertraglich abgesicherte Zusammenarbeit ist im Interesse beider Seiten.

Durch die Zustimmung aller 26 Kantonsregierungen zum Positionsbezug der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) konnte dem Bundesrat die wichtige Unterstützung der Kantone für die Aufnahme von Verhandlungen zugesichert werden. Die KdK als Koordinationsorgan der Kantone in der Aussenpolitik verabschiedete ihren Positionsbezug an der Plenarversammlung vom 24. März 2023. Nur wenige Tage nach der Verabschiedung des Positionsbezugs kommunizierte der Bundesrat seine Bereitschaft zur Ausarbeitung von Eckwerten eines Verhandlungsmandats.

Um ihre Aufgabe, die Bündelung des Auftritts der Mitgliedskantone in der grenzüberschreitenden und europäischen Zusammenarbeit, erfolgreich zu erfüllen, hat sich die NWRK seit dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen vertieft mit den Entwicklungen in der Europapolitik auseinandergesetzt. Die Nordwestschweizer Kantone setzten sich dabei immer geeint, konstruktiv und konsequent für die rasche Wiederaufnahme von Verhandlungen ein. Insbesondere nutzte die NWRK ihren Einfluss in der KdK und gegenüber dem Bund, damit die Interessen der Region immer gewahrt blieben, denn die regionale Betroffenheit der Nordwestschweiz ist hoch.

- Die Nordwestschweiz ist für mehr als 100 Mia. Fr. an Exporten verantwortlich. Das entspricht über 40 Prozent des gesamten Schweizer Exportvolumens. Fast die Hälfte dieser Exporte werden in die EU geliefert.
- In der Nordwestschweiz sind die Pharma- und MedTech-Firmen sowie die Maschinenindustrie besonders stark. Genau diese Branchen sind direkt und unmittelbar von der bilateralen Erosion betroffen (insbesondere aufgrund der Nichtaktualisierung der Mutual Recognition Agreements [MRA]).
- Je länger die Schweiz ohne Lösungen dasteht, umso grösser wird die Unsicherheit für die zahlreichen Konzerne und KMU mit Sitz in der Nordwestschweiz, die auf einen diskriminierungsfreien Zugang zum europäischen Markt angewiesen sind. Dies führt dazu, dass Firmen ihre Investitionen eher im Ausland tätigen. Der Wirtschaftsstandort Schweiz und insbesondere auch die Nordwestschweiz werden so immer unattraktiver. Dies hat direkte Auswirkungen auf Arbeitsplätze und die Volkswirtschaft.
- Die Nordwestschweiz weist mit rund 70'000 einen hohen Anteil an Grenzgängerinnen und Grenzgängern aus. Zusammen mit den in der Schweiz niedergelassenen Fachkräften haben sie einen bedeutenden Einfluss auf die Beschäftigungslage der Region. Die Aufrechterhaltung der Personenfreizügigkeit ist somit von grosser Wichtigkeit für die Nordwestschweiz.
- Der Forschungs- und Bildungsstandort ist ebenfalls betroffen: Die Nordwestschweiz bzw. die hier ansässigen Bildungs- und Forschungseinrichtungen haben zwischen 2014 und 2020 knapp 300 Mio. Fr. an Nettobeiträgen aus Horizon 2020 für die Forschung erhalten.
- Hochgradige Betroffenheit besteht beim Ausbleiben einer vertieften Kooperation im Strommarkt. Wenn die Schweiz nicht am Markt partizipieren kann und teilweise nicht mehr auf technischer Ebene eingebunden ist, so kann dies negative Auswirkungen auf die Stromversorgungssicherheit

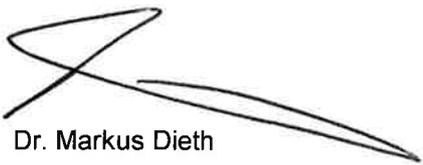
haben. Hinzu kommen steigende Strompreise, was wiederum die energieintensive Schweizer Exportwirtschaft negativ beeinflusst.

Für die NWRK ist klar, dass die Nordwestschweiz als exportstärkste Region der Schweiz massgeblich von der Erosion bei den Marktzugangsabkommen betroffen ist und dass insbesondere die Vollassoziierung an Horizon Europe für den Forschungs- und Innovationsstandort mit verschiedenen Forschungseinrichtungen (u.a. Universität Basel, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW, Paul Scherrer Institut PSI, Forschungsinstitut für biologischen Landbau FiBL) und zukunftsorientierten Unternehmen von grosser Dringlichkeit ist.

Aufgrund der obenstehenden Überlegungen und Betroffenheit, hält die NWRK fest:

- Eine rasche Klärung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU ist zur Absicherung der guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Nordwestschweizer Volkswirtschaft, zur erneuten Stärkung des Bildungs- und Forschungsstandorts sowie für den Erhalt des Wohlstands und der Lebensqualität unabdingbar.
- In den Sondierungsgesprächen zwischen der Schweiz und der EU konnten gemeinsame Interessen definiert und Voraussetzungen für erfolgreiche Verhandlungen geschaffen werden.
- Die NWRK ist überzeugt, dass, wenn sich beide Seiten bewegen, für die noch offenen Fragen, namentlich im Bereich Lohnschutz, in den Verhandlungen tragfähige Kompromisse im gegenseitigen Interesse gefunden werden können.
- Die NWRK unterstützt den vom Bundesrat getroffenen Entscheid, rasch Eckwerte für ein Verhandlungsmandat mit der Europäischen Union auszuarbeiten. Sie unterstützt den Bundesrat in seinen Bestrebungen, die nächsten Monate zu nutzen, um parallel zu den erwarteten Verhandlungen die nötigen innenpolitischen Gesetzesanpassungen vorzubereiten und ein allfälliges Verhandlungsergebnis mehrheitsfähig zu gestalten. Sie fordert alle beteiligten Anspruchsgruppen auf, den Bundesrat bei der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen konstruktiv zu unterstützen.
- Die NWRK erwartet, dass das verbleibende Zeitfenster in der laufenden Amtsperiode der Europäischen Kommission bis im Sommer 2024 genutzt wird, um die Verhandlungen bis dahin erfolgreich abzuschliessen.

Für die Nordwestschweizer Regierungskonferenz



Dr. Markus Dieth
Landstatthalter des Kantons Aargau
Konferenzpräsident NWRK



Dr. Jacques Gerber
Regierungspräsident des Kantons Jura
Vizepräsident NWRK



Brigitt Wyss
Frau Landammann des Kantons Solothurn



Beat Jans
Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt



Dr. Anton Lauber
Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft